

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Abzockzürich 6 Fotos = 90 Franken!

Für «aktengebundene Fotos» in Polizeirapporten = normale Fotos mit der Digikamera geknipst, wird in Zürich pro Stück CHF 15.- abgezockt, 10-20 Mal mehr als im Handel! Kämpfen Sie mit uns gegen diese masslose Abzockerei.

AUTO ALLIANZ
www.autoallianz.ch-044 391 6767
PC 87-688 656-0

ERNST STOCKER IN DEN REGIERUNGSRAT

Absurder Machtanspruch der Linken

Die SVP präsentiert dem Zürcher Volk mit Ernst Stocker einen Regierungsratskandidaten mit einem Leistungsausweis, der seinesgleichen sucht. Ernst Stocker geniesst auch über alle Parteigrenzen hinaus grösste Anerkennung und wird sogar von gewichtigen Exponenten des politischen Hauptgegners in höchsten Tönen gelobt. Dieselbe Linke portierte nun einen eigenen Kandidaten. Für eine 20%-Partei ist ein dritter Regierungsrat jedoch nichts als ein absurder Machtanspruch.



NATIONALRAT
ALFRED HEER
PARTEIPRÄSIDENT
SVP KANTON ZÜRICH

Mit Ernst Stocker hat die SVP einen Kandidaten für die Regierungsratsersatzwahl nominiert, welcher über einen politischen und persönlichen Leistungsausweis seinesgleichen sucht. Ernst Stocker ist Stadtpräsident von Wädenswil, seit 22 Jahren im Kantonsrat, ehemaliger Kantonsratspräsident, Präsident der Siedlungskommission, aktiv im Gemeindepräsidenten-Verband, seit 29 Jahren verheiratet, Wädenswiler und Kantonszürcher seit Generationen und führt einen eigenen Landwirtschaftsbetrieb.

Ernst Stocker ist anerkannt in allen Parteien – von der SVP bis zur SP. Er wird sogar vom politischen Hauptgegner in den höchsten Tönen gelobt, unter anderem von der alt Kantonsratspräsidentin Emmy Lalli und von alt Parteipräsident der SP des Kantons Zürich, Martin Näf.

Eine Rückblende

Die SVP hat mit einem Wähleranteil von 30 Prozent Anspruch auf einen zweiten Sitz im Regierungsrat. Obwohl man bei einer Volkswahl keinen Anspruch auf einen Sitz erheben kann, ist es unbestritten, dass die wählerstärkste Partei im Kanton Zürich in der Regierung angemessen eingebunden sein sollte. Für die SVP mit 30 Prozent Wähleranteil ist der Anspruch für zwei bis drei Sitze gegeben, wenn man bedenkt, dass die SP mit 19 Prozent auch mit zwei Vertretern in der Regierung Einsitz nehmen.

Wir erinnern uns, dass im Jahre 1995, nach dem Rücktritt von Moritz Leuenberger aus dem Zürcher Regierungsrat, der Sitzanspruch der Sozialisten von den Bürgerlichen nicht in

Frage gestellt wurde. Erst als die SP, trotz Warnung von FDP und SVP, Vreni Müller-Hemmi aufstellten, haben sich die bürgerlichen Kräfte dazu entschieden, mit einer Kampfkandidatur anzutreten. Die FDP und SVP haben mit Rolf Gerber von unserer Partei einen Kampfkandidaten ins Rennen geschickt, mit dem klaren Ziel nicht die SP, sondern die ungeliebte Kandidatin abzustrafen.

Wir erinnern uns: Rolf Gerber erzielte im 1. Wahlgang das bessere Resultat als Vreni Müller-Hemmi, verfehlte aber das absolute Mehr um einige hundert Stimmen. Die SP hat danach entschieden, Frau Müller-Hemmi aus dem Rennen zu nehmen. Diese wurde ersetzt durch den damaligen Stadtpräsidenten von Dietikon, Kantonsrat Markus Notter. Die SVP hat zusammen mit der FDP entschlossen, den Kandidaten Rolf Gerber zurückzuziehen, obwohl dieser mit grosser Wahrscheinlichkeit in einem 2. Wahlgang den damals noch wenig bekannten Markus Notter geschlagen hätte.

Retourkutsche der SP

Nun, wir wollen nicht in der Vergangenheit schwelgen. Selbstverständlich ist es der SP nicht verboten, gegen die SVP anzutreten. Wenn die SP aber stets von Anstand spricht, sollte sie vielleicht bedenken, wie anständig die Nomination des Kandidaten zu Stande gekommen ist. Die Grünen konnten nicht und wollten Martin Bäumle. Martin Bäumle wurde aus dem Rennen gemobbt. Es handelt sich hier um die Retourkutsche und einen Racheakt für Chantal Galladé, welche von der grünliberalen Verena Diener im Ständeratswahlkampf klassisch ausgetrickst wurde. Der gute Freund von Chantal Galladé hat sich nun anerbotten, den Racheakt zu vollziehen. Wenn man mit den vernünftigen Kräften in der SP spricht, dann erachten diese

Stimmen die Kandidatur Jositsch als SP-Grössenwahnsinn. Mit 19 Prozent Wähleranteil drei von sieben Regierungssitzen zu besetzen, widerspricht den politischen Gepflogenheiten und dem politischen Anstand. Die SP war bei den Wahlen im Jahre 2007, also vor genau zweieinhalb Jahren, die grosse Verliererin. Die Fraktion der SP wurde von 53 auf 36 Kantonsräte reduziert. Und diese Partei, welche noch einen Fünftel der Sitze im Kantonsrat beansprucht, erhebt Anspruch auf 43 Prozent der Regierungssitze? Absurd.

Nachdem mit Ernst Stocker ein bodenständiger, solider, ehrlicher und politerfahrener SVP-Kandidat ins Rennen geschickt wurde, haben die Linken keine Argumente gegen Ernst Stocker. Im Gegenteil: Sie loben ihn für seine gute Arbeit.

Von der Unanständigkeit der Anständigen

Als letztes Mittel können die Sozialisten nur noch eins tun, die SVP als unanständig zu verteufeln. Aber was soll an der SVP unanständig sein? Der Kampf gegen Steuererhöhungen? Der Kampf gegen die hohen Staatsdefizite, welche unsere Kinder belasten? Der Kampf gegen den Sozial- und IV-Missbrauch, welcher erste Erfolge zeitigt? Der Kampf für den Ausbau der Strasseninfrastruktur im Kanton Zürich? Der Kampf für ein gewerbefreundliches Planungs- und Baugesetz und der Kampf für einen attraktiven Wirtschaftsstandort?

Verteufelt die SVP jemals eine Partei als unanständig, nur weil diese Strassenbarrikaden rund um die Stadt Zürich errichtet oder weil diese den Sozialmissbrauch geleugnet und somit gefördert hat – welcher nun sogar von einem unabhängigen Gericht festgestellt wurde (Prozess Wyler/Zopfi gegen Monika Stocker)? Bezeichnen wir Parteien als unanständig, welche den

Parolen zur Volksabstimmung vom 29. November 2009

Eidgenössische Vorlagen

Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr

JA

Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»

NEIN

Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»

JA

Kantonale Wahl

Ersatzwahl eines Mitgliedes des Regierungsrates für den Rest der Amtsdauer 2007–2011

Ernst Stocker

Steuerfuss erhöhen und dem Bürger mehr Geld aus der Tasche ziehen wollen? Bezeichnen wir Parteien als unanständig, welche der Bürokratie das Wort reden und die ineffiziente Verwaltung als gottgegeben erachten? Bezeichnen wir Parteien als unanständig, welche das neue Asyl- und Ausländerrecht gerichtlich und politisch bekämpfen? Bezeichnen wir Parteien als unanständig, welche behauptet haben, dass in wirtschaftlich schlechten Zeiten die Zuwanderung aus der EU abnehmen wird, obwohl bereits in diesem Jahr wiederum 43 000 neue EU-Bürger eingewandert sind? Bezeichnen wir Parteien als unanständig, welche in die EU drängen und die Souveränität und Unabhängigkeit der Schweiz preisgeben wollen?

Nein, die SVP bezeichnet niemanden als unanständig. Sie sehen, die Politik der SVP ist hochanständig, sonst würden kaum 31 Prozent der Zürcher Bevölkerung diese Partei unterstützen.

Zum Wohle der Zürcher Bevölkerung

Die Sachlage für die Regierungswahlen ist ganz einfach. Ganz nüchtern, neutral und emotionslos betrachtet, hat die SVP auf den freien Sitz den grössten Anspruch. Die SVP tritt mit Ernst Stocker mit einem hochangesehenen über die Parteigrenzen hinaus

anerkannten Kandidaten an. Dies stört die Linken. Sie wissen, dass Ernst Stocker eine Persönlichkeit ist, welche in breiten Bevölkerungsschichten wählbar ist und eine gute Figur im Regierungsrat als SVP-Vertreter abgeben würde. Sie wissen, dass Ernst Stocker in der Regierung solide, bürgerliche Politik vertreten wird. Sie wissen, dass Ernst Stocker bürgerliche Politik in Finanz-, Verkehrs- und Baufragen durchsetzen kann, dass er aufgrund seiner langjährigen Erfahrung eine breite Akzeptanz gerade bei den Gemeindebehörden hat. Sie wissen haargenau, dass der Sitz der SVP zusteht und dass mit Ernst Stocker ein hervorragender Kandidat portiert wurde. Da nützt alles «täubeln und stämpeln» nichts. Die Sozis haben wohl auch vergessen, dass die Regierungswahlen nicht dazu da sind, um ihre darniederliegende Partei aufzurichten oder um persönliche Abrechnungen von verletzten Seelen im links-grünen Lager zu therapieren.

Das Amt eines Regierungsrates ist zu wichtig. Es geht schlussendlich ganz einfach darum, dass ein solider, rechtschaffener, bewährter bürgerlicher Kandidat in die Regierung – nicht zum Wohle der SVP –, sondern zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger des Kantons Zürich, einzieht. Was der Kanton Zürich zu allerletzt braucht, ist ein 3. Sozialist.

Aus ALT mach NEU!



Werfen Sie Ihre alte Polstergruppe nicht weg: Wir überziehen sie neu in Stoff und Leder.

Ein neuer Bezug lohnt sich fast immer!

Kostenlose Heimberatung
Rufen Sie uns an

29 Jahre Erfahrung
wideg ag

Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel. 044 935 25 46, info@wideg.ch
www.wideg.ch

Restaurant

Flair

Gutbürgerliche Küche zu fairen Preisen

Fam. Elsa und Werner
Wiederkehr-Nydegger

- Täglich 4 Menus
- Hervorragende Weine
- Aktuell: Salatbuffet Take away

Öffnungszeiten:
Mo – Fr 07.00–23.00 Uhr
Sa 09.30–24.00 Uhr
So 10.00–18.00 Uhr

Schaffhauserstrasse 306, 8050 Zürich-Oerlikon
(Tramhaltestelle Berninaplatz)
Tel. 044 310 68 68 www.restaurant-flair.ch

Schreinerei Hanspeter Rüttschi



Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräte austausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessenanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

PORTAS® Europas Renovierer Nr. 1

PORTAS Treppen-Renovierung



PORTAS-AG Pilotbetrieb • Im Ebnat • 8370 Sirmach
Tel. 071-9693636
www.portas.ch • info@portas-sirmach.ch

GRABER IMMOBILIEN GESELLSCHAFT M.B.H

Im Kundenauftrag suchen wir

MEHRFAMILIEN-HÄUSER

Region Zürichsee, Stadt Zürich

RENNWEG 36 • CH-8704 HERRLIBERG
TEL. 044 991 66 44 • FAX 044 991 66 40
WWW.GRABERIMMOBILIEN.CH

Dianas Diner, Diktators Datteln



VON CHRISTOPH
MÖRGELI

Ein bemerkenswerter Romancier ist er schon, dieser Valéry Giscard D'Estaing.

Der ehemalige französische Staatspräsident schenkt der Grande Nation so etwas wie einen Liebesroman. «La princesse et le président» heisst seine im Verlag Fallois-XO erschienene Erzählung. Das lesende Publikum ist von der prickelnden Begegnung von Frankreichs Präsident mit der unglücklichen britischen Princess Diana im Buckingham Palast hin und weg: «Mein Kopf stand in Flammen, und mein Herz zitterte», schreibt der Staatschef, der später beim Diner unter dem Tisch Dianas Hand ergreift. Als das interessierte Frankreich nachfragte, ob da tatsächlich was gelaufen sei, winkte Giscard D'Estaing ab: Alles dichterische Freiheit. Die Liebesgeschichte habe nie stattgefunden.

Nicht minder bemerkenswert als Romancier ist Hans-Rudolf Merz. Der Schweizer Bundespräsident schenkt dem Alpenstaat so etwas wie einen Liebesroman. «Le dictateur et le président» heisst seine in der Zeitschrift «L'Hebdo» erschienene Erzählung. Wir vernehmen darin von der atemberaubenden Begegnung unseres Bundespräsidenten mit dem libyschen Revolutionsführer Gaddafi im Uno-Glaspalast: «Zuletzt hat er meine Hand ergriffen und mir Datteln und Tee offeriert.» Und nebenbei habe der Diktator «neue Entschuldigungen» verlangt.

Als die irritierte Schweiz nachfragte, ob sie tatsächlich nochmals zu Kreuze kriechen müsse, winkte das Departement von Hans-Rudolf Merz ab: Alles dichterische Freiheit. Die Entschuldigungsforderung habe nie stattgefunden.

Die Altherrenfantasien des Valéry Giscard D'Estaing mögen hochnotpeinlich wirken, sind aber dessen Privatsache. Anders liegt der Fall, wenn Hans-Rudolf Merz nach Peer Steinbrück («Dies ist der Beginn einer wunderbaren Freundschaft») jetzt auch noch für Gaddafi leinwandreife Gefühle entwickelt. Die Situation ist bizarr: Um Gaddafi keinen Triumph zu verschaffen, darf Merz aus Gründen helvetischer Staatsräson nicht zurücktreten – solange die Geiseln noch nicht hier sind. Sobald die beiden Geiseln Schweizer Boden betreten, kann sich Merz nicht mehr im Amt halten. So gesehen erscheint der libysche Tyrann im Vergleich zum Appenzeller Demokraten geradezu als machtlos. Gaddafi hat zwei Schweizer Geiseln unter Kontrolle. Hans-Rudolf Merz hat momentan sieben Millionen Schweizer Geiseln in seiner Hand.

ZUM FALL POLANSKI

Die Kulturfritzendämmerung

Die Verhaftung des polnisch-französischen Filmemachers Roman Polanski in der Schweiz hat eines offensichtlich gemacht: Den totalen intellektuellen und moralischen Bankrott unserer linken Kulturschickeria.

zac. Geradezu schmerzhaft dümmlich war, was der masslos überschätzte Rolf Lyssy und sein aus Nizza zugeschalteter Sekundant Hans Schenker im der Sendung TalkTäglich vom 28. September 2009 auf TeleZüri von sich gaben.

Lyssy, der noch immer von seinem Film «die Schweizermacher» zehrt, liess seiner Empörung freien Lauf. Es gehe nicht an, den Regisseur zu verhaften, man dürfe sich nicht hinter Paragraphen verstecken. Polanski sei schliesslich nicht irgendwer. Pardon? Sind unsere Kulturfritzen nicht mit dem Argument gegen die Einbürgerungsinitiative der SVP angerannt, weil sogar die Demokratie dem Rechtsstaat untergeordnet sei? Und gilt Rechtsgleichheit nur, wenn es Lyssy und seinen linken Freunden passt?

Dann konstruierte Lyssy einen Bezug zur Todesstrafe und bezeichnete das amerikanische Justizsystem pauschal als «höchst fragwürdig». Ein Rating, das er nur wenig später auf «nicht über jeden Verdacht erhaben» zurückstufte.

Als sorgte er sich tatsächlich um die Schweiz, führte Lyssy weiter aus, mit der Verhaftung Polanskis sei ein «unsäglicher Imageschaden» entstanden. Freilich wurde mit keinem Wort substantiiert, worin denn dieser beste-

he. Auch der Frage, weshalb es dem Ruf eines Landes abträglich sein soll, wenn es sich an Gesetze und internationale Vereinbarungen hält, wurde nicht nachgegangen.

Schliesslich insinuierte Lyssy, es sei Polanski eine Falle gestellt worden. Auch dies eine unreflektierte Behauptung, die umgehend durch einen anderen Unfug «korrigiert» wurde. Es stimme schon, dass alles legal abgelaufen sei, doch sei halt eine andere Haltung gefordert. Auf die Vorzüge und allfälligen Nachteile einer auf Willkür basierenden Justiz wurde freilich nicht näher eingegangen. Stattdessen wurde auf das zuvor kritisierte amerikanische System verwiesen, in dem es möglich ist, dass ein abtretender Präsident als letzte Amtshandlung verurteilte Kriminelle begnadigt. Ein besonderes Flair scheint der linke Lyssy für Marc Rich zu haben, den er in diesem Zusammenhang besonders erwähnte. Hat sich nicht auch Sozialdemokrat Josef Estermann als Zürcher Stadtpräsident für Richs Begnadigung eingesetzt?

Geplapper aus Nizza

Die Aufgabe, an die Grenze des punkto Torheit Erträglichen vorzudringen, übernahm Schauspieler Hans Schenker, der gerade in Nizza über die Schrecken des Kapitalismus sinniert.

Er sei «empört und schockiert» über den Umgang mit einem «so genannten Verbrecher». Seiner Ansicht nach ist die – von Polanski nie bestrittene – Vergewaltigung (oral, anal und vaginal) einer 13-Jährigen, die zuvor durch die Abgabe von Alkohol und Medikamenten widerstandslos gemacht wurde, also kein Verbrechen.

Da Schenker offensichtlich nicht in der Lage ist, einen eigenen intelligenten Gedanken zu formulieren, zitierte er wiederholt aus der links-liberalen Süddeutschen Zeitung, in der ein nicht weiter substantiiertes Zusammenhang zwischen der Verhaftung Polanskis und dem Steuerstreit mit den USA behauptet wird. Dann zeigte Schenker, dass er nicht einmal richtig zitieren kann: De Gaulle hat nicht gesagt: «Künstler gehören nicht ins Gefängnis», sondern «On n'arrete pas Voltaire». Und das geschah nicht in Bezug auf Jean Genet, sondern auf Jean-Paul Sartre, der wegen Verteilens maoistischer Flugblätter festgenommen wurde. Abgesehen davon, ist de Gaulle nicht gerade ein leuchtendes Beispiel für einen Staatsmann, der sich gross um Rechtsstaatlichkeit und Gewaltentrennung scherte.

Als wäre ihm der Champagner im spätsommerlichen Nizza zu Kopf gestiegen, teilte Schenker nach allen Seiten aus. Es seien Denunzianten am Werk. Wo denn? Der Auftritt Polanskis am Zürcher Filmfestival war gross angekündigt. Es sei diffamiert worden. Wer denn? Polanski? Oder nicht vielmehr die Schweizer Polizei und Justiz durch Leute wie Schenker? Dann wurde der Schweiz Liebesdienerei – ein Begriff, an dem Schenker grossen Gefallen gefunden hat – unterstellt, und Toni Brunner wurde kurzerhand zum

verlängerten Arm der US-Justiz erklärt. Wie dumm geht's eigentlich noch?

Ausgerechnet Schenker als Vertreter des Kulturteigs, der alles und jeden, der ihnen die Subventionen nicht nachwirft, kritisiert, und nichts lieber tut als zu moralisieren, erklärte schliesslich, man habe «genug von der moralischen Keule». Ja wer schwingt diese denn?

Und als wollte Schenker wirklich auch dem Hintersten und Letzten beweisen, dass er nicht über das Niveau der Sponti-Sprüche der 70er- und 80er-Jahre hinausgekommen ist, hob er zu folgendem Schlusswort an: «Die Justiz macht keine Fehler – sie ist der Fehler!» Was ist das anderes als eine Absage an den Rechtsstaat und die Ausrufung der Anarchie?

Linke weltweit am Ende

Erfreulich ist, dass sich diese Zerfallserscheinungen nicht auf die Schweiz beschränken. Auch im Ausland ist der intellektuelle Bankrott der linken Kulturfritzen offensichtlich. Auch die Schauspielerin Whoopi Goldberg fühlte sich berufen, sich zur Verhaftung Polanskis zu äussern. Nun ist klar, dass sie ausser den Qualifikationen «Frau», «schwarz» und «links» nicht viel zu bieten hat. Wer als angebliche Kämpferin für die Rechte der Frauen Polanski mit dem Argument verteidigt, es sei ja gar «keine richtige Vergewaltigung» gewesen, hat jegliche Glaubwürdigkeit verspielt.

Ganz ähnlich ihr Kollege Woody Allen, der das Vorgehen der Schweiz ebenfalls kritisierte. Auch er hatte ein Verfahren wegen sexuellen Missbrauchs seiner Stieftochter am Hals. Ein anderer würde in einer solchen Situation schweigen.

ABSTIMMUNG ÜBER DIE GSOA-INITIATIVE

NEIN zu unvernünftigen Exportverboten

Ein NEIN zur GSoA-Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» rettet Tausende Arbeitsplätze. Zudem können wir ein Abrutschen in eine fatale Auslandabhängigkeit der Sicherheitspolitik verhindern.



BRUNO ZUPPIGER
NATIONALRAT SVP
HINWIL

Die Volksinitiative der «Gruppe für eine Schweiz ohne Arme» (GSoA) verlangt ein

Verbot für die Ausfuhr und die Durchfuhr von Kriegsmaterial und besonderen militärischen Gütern. Darunter

sind beispielsweise Simulatoren, Nachsichtgeräte, Wärmebildkameras oder Chiffriergeräte zu verstehen. Ohne kontrollierten Zugang zu Exportmärkten können unsere wehrtechnischen Unternehmen nicht überleben, der Heimmarkt ist zu klein. Eine Annahme der GSoA-Initiative wäre also gleichbedeutend mit dem Ende der einheimischen Wehrtechnikindustrie. Die wirtschaftlichen und sicherheits-

politischen Konsequenzen wären gravierend.

Tausende Arbeitsplätze würden vernichtet

Das renommierte Institut BAK Basel Economics hat die direkten Auswirkungen eines Exportverbots untersucht. Das Resultat ist erschreckend: 5100 Arbeitsplätze würden direkt und ersatzlos gestrichen. Nicht zu vergessen sind die sowohl zivilen als auch militärisch nutzbaren Güter. Auch sie wären vom Exportverbot betroffen, da eine strikte Trennung in der Realität nicht möglich ist. Die entstehenden schädlichen Auswirkungen auf Produktion und Handel führten zu weiteren Betriebsschliessungen oder Produktionsverlagerungen ins Ausland. Alles in allem würde ein Ja zur Exportverbots-Initiative in der Schweiz mehr als 10 000 Arbeitsplätze vernichten. Das können wir uns – gerade in der heutigen Zeit – nicht leisten.

Sicherheit in Gefahr

Ebenso wenig leisten können wir uns eine beinahe vollständige wehrtechnische Abhängigkeit vom Ausland. Genau dies wären jedoch die mittelfristigen Folgen einer Annahme der Initiative. Mit dem Untergang der wehrtechnischen Industrie der Schweiz gingen nicht nur Tausende Arbeitsplätze, sondern auch wertvolles Know-how verloren. Die Schweizer Armee müsste ihre Mittel praktisch ausschliesslich aus dem Ausland beschaffen, auch die Wartung der bestehenden Ausrüstung und Bewaffnung würde komplizierter und deutlich teurer. Anstelle der heutigen gegenseitigen Abhängigkeit würde eine fatale Auslandabhängigkeit treten.

Ein NEIN am 29. November 2009 verhindert diese völlig falsche Entwicklung.

FOLGEN EINER VERFEHLTEN ASYLPOLITIK

Asyl- und Ausländerwesen läuft aus dem Ruder

Letzte Woche kam der Beweis schwarz auf weiss: Das Asyl- und Ausländerwesen in der Schweiz läuft völlig aus dem Ruder. Nachdem der Bundesrat bereits im April einen Nachtragskredit von 52 Millionen Franken für das Asylwesen beantragt hatte, sind nun im zweiten Nachtragskredit für das laufende Jahr 107 zusätzliche Millionen eingestellt. Das sind die Folgen einer verfehlten Asylnpolitik.

ZB. Ebenso dramatisch zeigen sich nun die Konsequenzen der Personenfreizügigkeit in der Krise. Bis Ende Juli 2009 sind erneut 50 000 EU-/EFTA-Bürger in die Schweiz zugewandert. Klar wird auch: Wer seine Stelle verliert, reist nicht mehr in sein Heimatland zurück, sondern bleibt hier – zu lasten unserer Sozialwerke.

Der Bundesrat wollte letzte Woche kein grosses Aufheben machen. Die Medienmitteilung zum Nachtrag II für den laufenden Voranschlag 2009 rutschte quasi unbemerkt neben anderen Meldungen durch. Dabei ist der Inhalt der Botschaft explosiv. Erneut braucht der Bundesrat 107 Millionen

Franken mehr für das Asylwesen. Dies ist eine Folge der zunehmenden Asylgesuche. Per Mitte 2009 lag die Zahl der neuen Asylgesuche 41 Prozent über jener des Vorjahres. Die Situation im Asylbereich spitzt sich damit seit 2008 wieder zu.

Nun sollen die Probleme erneut mit Geld zgedeckt werden. Die Kosten für das Asylwesen liegen im laufenden Jahr 15 Prozent höher als noch 2007. Tendenz weiter steigend. Das ist inakzeptabel. Was es nun braucht, sind griffige Massnahmen und eine Beseitigung von Fehlanreizen, wie sie die SVP seit längerem mit Nachdruck fordert.

Massive Zusatzbelastungen wegen Personenfreizügigkeit

Geradezu verschaukelt wurden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Rahmen der Abstimmung über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit mit der EU. Die Bedenken der Gegner, die Personenfreizügigkeit führe zu einer unkontrollierten Einwanderung und würde sich bei der nächsten Rezession rächen, wurden in den Wind geschlagen und lächerlich gemacht. Nun muss die Justizministerin bereits nach kurzer Zeit eingestehen, dass genau dieser Fall eingetreten ist. Trotz Rezession sind 2009 bereits wieder 50 000 Zuwanderer aus EU-/EFTA-Staaten in die Schweiz gekommen. Damit ist der Ausländeranteil in der

Schweiz auf 21,7 Prozent gestiegen und dies, obwohl in den letzten 12 Monaten über 43 000 Ausländer eingebürgert wurden. Und wer hier seinen Job verliert, geht nicht mehr zurück. Die Folge sind massive Zusatzbelastungen für unsere Sozialwerke.

Der Bundesrat hat es noch vor kurzem – als sich diese Situation bereits abzeichnete – verpasst, die sogenannte Ventilklausel anzurufen, welche eine Beschränkung der Einwanderung ermöglicht hätte. Auch dieser Zug ist nun abgefahren und die Schweiz steht ohne Steuerungsinstrumente vor einer Masseneinwanderung. Die Migrationspolitik des Bundesrates ist gescheitert. Die SVP hat erneut recht bekommen.

www.blog.zanetti.ch

KANTONALE DELEGIERTENVERSAMMLUNG IN RICHTERSWIL

Ernst Stocker zur Sicherheit – und Parolenfassungen der Delegierten

234 Delegierte der SVP des Kantons Zürich folgten der Einladung nach Richterswil, um am Dienstagabend die Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» wuchtig zu verwerfen sowie die Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» ebenso deutlich anzunehmen. Darüber hinaus wurde über den Bundesbeschluss zur «Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr» informiert. Regierungsratskandidat Ernst Stocker schliesslich richtete in seiner engagierten Rede klare Worte an die SVP-Delegierten.

gad. Den Auftakt zur kantonalen Delegiertenversammlung im Richterswiler Schulhaus Boden bestritt das Inner-schweizer Quartett um Bruno Syfrig. Die Musikformation spielte beschwingte Volksmusik und stimmte schliesslich feierlich-würdevoll mit der Nationalhymne in den Abend ein.

Eingangs richtete der SVP-Gemeinde- und Kantonsrat von Richterswil, Jürg Trachsel, seine Grussworte an die Versammlung und brachte den Delegierten die hiesige Gemeinde im geschichtlichen Ablauf und anhand der örtlichen Gegeben- und Besonderheiten näher, bevor Parteipräsident und Nationalrat Alfred Heer offiziell mit einer Standortbestimmung eröffnete (vgl. Leitartikel auf der Frontseite).

Ernst Stocker mit engagierter Rede und klaren Worten

Darauf wandte sich Regierungsratskandidat Ernst Stocker engagiert und mit klaren Worten an die Versammlung. Zunächst deklarierte er seine Hauptthemen im Wahlkampf: Wirtschaftsstandort Zürich, Finanzen und Sicherheit. Seine Ausführungen am Dienstagabend widmete er dem Bereich Sicherheit. Wo man sich sicher fühle, sei man zu Hause. Und ein grosser Teil unserer Bevölkerung fühle sich nicht mehr sicher in unserem Kanton, und dies dürfe nicht sein, führte Stocker aus. Schliesslich trage die verfehlte Migrationspolitik der anderen

Parteien einen wesentlichen Anteil der Schuld an dieser Entwicklung. So sei die SVP auch die einzige Partei, die sich entschieden gegen Gewalt und Verbrechen in unserem Land wende. Wir seien nicht bereit, bei der Sicherheit unserer Bevölkerung Abstriche zu machen, schloss Ernst Stocker mit einem Ausrufezeichen seine Rede.

Budget und Mitgliederbeiträge 2010

Nationalrat Toni Bortoluzzi (SVP, Affoltern am Albis) bestritt die Vorstellung und Diskussion des Budgets und der Mitgliederbeiträge 2010 in seiner Funktion als Säckelmeister. Das Budget sieht nur unter der Position Wahlaufwand einen ausserordentlichen Betrag vor, der in einen Werbeteppich im Zusammenhang mit den Gemeinde- oder bereits Kantonsratswahlen investiert werden soll. Die Mitgliederbeiträge verbleiben unverändert.

Auf Empfehlung des Säckelmeisters nahm die Delegiertenversammlung das Budget sowie die Mitgliederbeiträge 2010 ohne Gegenstimmen ab.

Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»

Die erste kontradiktorische Auseinandersetzung zur eidgenössischen Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» führten Cédric Wermuth (SP, Baden) und Nationalrat Hans Rutschmann (SVP, Rafz).

Wermuth führte in seinem Pro-Referat aus, dass Waffenexport nicht mehr Sicherheit, sondern – in Form von Exporten an «Schurkenstaaten» – mehr Unsicherheit in der Welt schaffen würden. Weiter würden Waffenexporte die Neutralität und die humanitäre Tradition der Schweiz in Frage stellen. Schliesslich werde die wirtschaftliche Bedeutung von Rüstungsexporten massiv überschätzt. Rutschmann entgegnete, dass in der Praxis zahlreiche zivile sowie militärische Güter vom Exportverbot betroffen und sich dadurch beachtliche negative Wirtschaftseffekte ergeben würden. Weiter könne es sich die Schweiz als neutrales Land nicht leisten, auf eine heimische Rüstungsindustrie zu verzichten, respektive vollständig vom Ausland abhängig zu werden.

Die Delegiertenversammlung lehnte die Volksinitiative mit 233:1 Stimme(n) klar ab.

Bundesbeschluss zur «Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr»

Die folgende Information bestritt Nationalrätin Natalie Rickli (SVP, Winterthur). Rickli legte den Delegierten eingangs dar, dass der Luftverkehr – entgegen dem ganzen übrigen öffentlichen und privaten Verkehr (Schiene und Strasse) – nicht von einer Rückvergütung der Grundsteuer sowie vom Mineralölsteuer-Zuschlag profitiere. Diese Ungleichbehandlung im Luftverkehr umfasse ungefähr den Betrag von 44 Millionen Franken pro Jahr. Dieser Betrag solle im Sinne des vorliegenden Bundesbeschlusses zweckgebunden und betreffend die Bereiche Umweltschutz und Sicherheit im Luftverkehr rückvergütet werden.

Die Parteileitung und der Kantonalvorstand hatten am 22. September

2009 einstimmig mit 42:0 die Annahme zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr beschlossen.

Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»

Die zweite kontradiktorische Auseinandersetzung zur Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» führten die Kantonsrätinnen Barbara Steinemann (SVP, Watt-Regensdorf) und Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil).

Steinemann führte in ihrem Pro-Referat aus, dass die Anzahl Muslime in der Schweiz zwischen 1970 und heute von 16 000 auf 500 000 angestiegen sei. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, wie wir dem konservativen, nach Macht strebenden und patriarchalischen Islam Grenzen setzen wollen. Anhand des Beispiels der Moschee Wangen führte Steinemann weiter aus, dass es sich dabei nicht nur um ein Gebetshaus, sondern vielmehr um einen Stützpunkt einer gewalttätigen Kampforganisation handle. Die Frage des Muezzinrufs hätte schliesslich ein deutsches Ver-

waltungsgericht bereits vor 15 Jahren beantwortet: Aufgrund der Religionsfreiheit sei ein Muezzinrufverbot nicht durchsetzbar. Diese Beispiele und die damit zusammenhängenden Entwicklungen würden aufzeigen, so Steinemann, warum die vorliegende Initiative, die Minarette als (politische) Machtsymbole des Islams verbieten wolle. Es gelte den Islam nach unserem aufgeklärten Weltbild gemäss der Trennung von Kirche und Staat zu behandeln. Gerber Rüegg entgegnete, dass sich in der Tat eine Parallelgesellschaft aus unseren muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern herausentwickelt habe. Diese gelte es jedoch nicht auszugrenzen, sondern vielmehr zu integrieren. Ansonsten würde sich das Problem nur vergrössern. Nach Gerber Rüegg streue die Minarettinitiative den Leuten Sand in die Augen, weil durch diese keine Probleme gelöst würden. Darüber hinaus weise die Initiative rassistische Züge auf.

Die Delegiertenversammlung nahm die Volksinitiative mit 213:6 Stimmen bei 3 Enthaltungen deutlich an.

Als Stimmzähler fungierten:

Gemeinderat Mauro Tuena, Fraktionspräsident, Zürich
Kantonsrat Hansruedi Bär, Zürich
Harry Sieder, SVP Russikon
Kantonsrat Orlando Wyss, Dübendorf
Alt Kantonsrätin Annelies Schneider-Schatz, Adetswil



Ernst Stocker

schafft Vertrauen

Komitee für einen bürgerlichen Regierungsrat

TEILREVISION DES KANTONALEN RICHTPLANS

Für eine dezentrale Versorgung und Entsorgung

Die kantonsrätliche Kommission für Planung und Bau (KPB) hat die Teilrevision des Kantonalen Richtplans, Kapitel Landschaft sowie Versorgung / Entsorgung, beraten. Das Ergebnis kann als zufriedenstellend bewertet werden.



HANS-H. HEUSSER
KANTONSRAT SVP
SEEGRÄBEN

Die SVP bekennt sich zum Grundsatz, dass benötigte Rohstoffe (vor allem Kies), soweit vorhanden, sowie anfallende zu deponierende Abfälle innerhalb des Kantonsgebietes gewonnen beziehungsweise abgelagert werden können.

Soweit sinnvoll, sollen in Zukunft auch kantonsübergreifende Lösungen möglich sein. In diesem Sinne sollen durch die regionale Versorgung und Entsorgung die Transportwege kurz gehalten werden.

Vorhandene Kiesvorkommen nutzen

Bei den Materialgewinnungsstandorten (Kiesabbau) ist wegen den natürlichen Kies-Vorkommen vor allem der Norden des Kantons betroffen. Aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen (kurze Transportwege) ist es aus unserer Sicht unerlässlich, dass auch vorhandene Kiesvorkommen in den anderen Gebieten des Kantons genutzt werden. Wir setzen uns deshalb

dafür ein, dass der von der KPB gestrichene Karteneintrag «Uster, Wermatswil-Sig», wie vom Regierungsrat vorgeschlagen, in den Richtplan aufgenommen wird.

Begrüsst wird unsererseits der neu eingebrachte Eintrag, dass in Geländekammern mit mehreren Abbaugebieten ein Gesamtkonzept als Grundlage für die Nutzungsplanung ausgearbeitet werden muss, in dem Abbau, Wiederauffüllung und Transport aufeinander abzustimmen sind.

Eine Deponie pro Region

Durch die Aufnahme der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Deponiestandorte bleibt gewährleistet, dass die Bestimmung der tatsächlich zu realisierenden Standorte noch beeinflusst werden kann. Dies weil bei der geplanten Mengen-Entwicklung des zu deponierenden Materials innerhalb den nächsten 40 Jahren nur rund ein Drittel der eingetragenen Standorte realisiert werden muss.

Somit können auch Enteignungen wegen der Erstellung einer Deponie vermieden werden. Für die Realisierung einer Deponie ist neben einem Gestaltungsplan und der Bewilligung auf jeden Fall der Wille der Grundei-

gentümer und eines Betreibers notwendig.

Der neu eingebrachte Eintrag, dass pro Region nur je eine Deponie der gleichen Kategorie gleichzeitig betrieben werden darf, ist für uns von grosser Wichtigkeit. Mit diesem Eintrag wird den nachvollziehbaren Befürchtungen in den Regionen und Gemeinden Rechnung getragen, die nicht akzeptieren können, dass es in ihrem Gebiet zu einer Konzentration von Deponiestandorten kommen könnte.

Schonung der Fruchfolgefleichen

Ein wichtiges Anliegen für die SVP-Vertreter ist die Schonung der Fruchfolgefleichen. Wo keine Alternativen zur Benutzung von Fruchfolgefleichen möglich sind, kämpft die SVP dafür, dass diese im vollen Umfang wieder hergestellt werden müssen. Damit die ganze Materialgewinnung und Deponierung nicht ausschliesslich zu Lasten des Kulturlandes erfolgt, darf aus unserer Sicht der Einbezug von Standorten im Wald kein Tabuthema sein. Wir bekämpfen zudem den masslosen Verschleiss von ackerfähigem Kulturland zu Gunsten von Ausdolungen und zusätzlichen Ökologisierungsmassnahmen entlang von Gewässern.

WAHLKAMPF FÜR ERNST STOCKER OPTIMAL GESTARTET

Breite überparteiliche Unterstützung für Ernst Stocker

Knapp zwei Wochen nach der Nomination von Kantonsrat Ernst Stocker (Wädenswil) zum Regierungsratskandidaten der SVP manifestiert sich bereits eine breite überparteiliche Unterstützung. Die SVP Kanton Zürich ist erfreut, dass die Kandidatur von Ernst Stocker von verschiedensten Persönlichkeiten aus dem ganzen Kanton und von Vertretern zahlreicher Parteien mitgetragen wird.

ZB. Als langjähriger Kantonsrat wie auch als Stadtpräsident von Wädenswil leistet Ernst Stocker fundierte Arbeit, die in allen Parteien geachtet, respektiert und geschätzt wird. Darum ist auch seine Kandidatur für den Zürcher Regierungsrat bemerkenswert breit abgestützt. So hat sich auf Initiative einiger Gemeindevorsteher neben dem grossen überparteilichen Komitee «Ernst Stocker in den Regierungsrat», das sich derzeit bildet, bereits ein zweites Komitee organisiert, welches sich aus Gemeindevorteilerinnen und Gemeindevorteilern zusammensetzt. Zu einem späteren Zeitpunkt wird auch ein Wirtschafts- und Gewerbekomitee präsentiert.

Im Co-Präsidium des Komitees «Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten für Ernst Stocker» haben verschiedene Vertreter aus CVP, FDP und SVP Einsitz:

- Bezirk Uster: Richard Hirt, Prof. Dr., Gemeindepräsident (CVP), Fällanden
- Bezirk Meilen: Ernst Sperandio, Gemeindepräsident (CVP), Oetwil am See

- Bezirk Andelfingen: Martin Farnet, Gemeindepräsident (FDP), Oberstammheim
- Bezirk Dietikon: Victor Gähwiler, Gemeindepräsident (FDP), Uitikon
- Bezirk Affoltern: Irene Enderli, Gemeindepräsidentin (parteilos), Affoltern am Albis
- Bezirk Pfäffikon: Hans Heinrich Raths, Gemeindepräsident (SVP), Pfäffikon
- Bezirk Bülach: Ursula Moor, Gemeindepräsidentin (SVP), Höri
- Bezirk Bülach: Albert Berbier, Gemeindepräsident (SVP), Embrach
- Bezirk Horgen: Walter Bosshard, Gemeindepräsident (FDP), Horgen
- Bezirk Winterthur: Peter Matzinger, Gemeindepräsident (SVP), Dinhard
- Bezirk Hinwil: Hans-Peter Hulliger, Gemeindepräsident (FDP), Bäretswil

Dieses Komitee wird sich in einigen Tagen der Öffentlichkeit vorstellen und seine Argumente für die Unterstützung und Wahl Ernst Stockers darlegen.

EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

Susanna Peter



Alter: 66 Jahre
Beruf: Sängerin
Gemeinde: Zürich

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?

Seit 2008. Die Schweiz verkommt! Vielleicht kann ich mit dem Beitritt zur SVP etwas gegen diese Entwicklung unternehmen.

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?

Ich verteile Flyer und backe Kuchen für Standaktionen.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz?

Eine freie Schweiz mit selbstverantwortlichen Bürgern. Ich möchte nicht alles vom Staat vorgeschrieben bekommen. Wem es nicht passt bei uns, kann gerne nach Hause gehen!

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?

Christoph Blocher, Ueli Maurer: Die haben Grips und sind schlau.

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?

«Die Polizei, dein Freund und Melker» als Theaterstück nochmals zu bringen und immer schön kritisch dran bleiben auf der Bühne. Obwohl SVP-Mitglied zu sein, gar nicht populär ist bei den Künstlernkollegen. Leider! Egal, ich bleibe dabei.

Abonnieren Sie gratis unseren

Newsletter

unter

www.svp-zuerich.ch

Zu verkaufen in **Italien**

grosses Landhaus

mit viel Umschwung plus 7000 m² Land, das mit Obstbäumen bepflanzt ist. Das Haus befindet sich in einem kleinen Dorf, zirka 5 km von der Stadt **Cesena** und 15 km vom Meer **Cesenatico** entfernt. Es ist komplett eingerichtet: 5 Schlafzimmer, 2 Wohnzimmer, 2 Küchen, 2 Bad-WC, 1 WC, Keller (klimatisiert), Waschküche, Garage, grosse Werkstatt, Gasheizung und noch viele Nebenräume. **Preis Fr. 900 000.-**.

Weitere Auskünfte erhalten Sie unter Telefon 044 242 91 31

Personal- und Arbeitskräfte (alles Landwirte) für

- Gewerbe ► Bau
 - Industrie ► Gartenbau
- tage- oder wochenweise, Temporäreinsatz
- Tel. 055 251 41 41 ► info@mrzo.ch



Maschinenring

HEIZOELHAURI

Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Christoph Walter Orchestra: Weltpremiere

Vorhang auf zur Premiere des neu gegründeten «Christoph Walter Orchestra»: Im November spielt das 35-Mann-Orchester an drei Abenden im Zürcher Albisgüetli. Die Galakonzerte unter dem Motto «Great!» versprechen viel Glamour, eine perfekt inszenierte Show und einen neuen Sound. Und: Sie sollen den Beginn einer grossen Erfolgsgeschichte einläuten.

**BRUNO ZUPPIGER
NATIONALRAT SVP
HINWIL**

unter dem Motto «Great!» aufspielen wird.

Musik auf den Leib geschnitten

Das Repertoire umfasst bekannte Melodien der Unterhaltungs- und Popmusik, aber auch eigene Kompositionen von Christoph Walter. Damit die Möglichkeiten des Klangkörpers optimal genutzt werden können, schreibt er seinem 35-köpfigen Orchester sämtliche Arrangements auf den Leib und kombiniert einen kompletten Big-Band-Satz mit symphonischen Instrumenten, Streichern und einer Rhythmus-Combo. Mit dabei ist auch die Sängerin Valerie Scott, die bereits mit Mick Jagger, Cher, Zucchero oder Michael Jackson zusammengearbeitet hat.

Beginn einer Erfolgsgeschichte

Die drei ersten Galakonzerte des Christoph Walter Orchestra sollen den Auftakt zu einer grossen Erfolgsgeschichte einläuten. Mit einer erstklassigen musikalischen Leistung und einer perfekt inszenierten Show möchte sich Christoph Walter für Auftritte im In- und Ausland beliebt machen. Dass ihm dies gelingen wird, konnte er mit seinen anderen Orchestern mehrfach unter Beweis stellen. Es ist dem Berufsmusiker somit zuzutrauen, dass er sein eigenes Orchester nach der Zürcher Weltpremiere über die Landesgrenzen hinaus erfolgreich etablieren wird.

Weltpremiere in Zürich

18., 19. und 20. November 2009
Albisgüetli Zürich

19 Uhr Türöffnung
20 Uhr Beginn Non-Stop-Show
bis 0.30 Uhr Cüpli-Bar und Lounge
Vorverkauf www.ticketcorner.ch

Pro Show sind rund 60 VIP-Tische verfügbar, welche unmittelbar um die Showbühne angeordnet sind und ein einmaliges Konzerterlebnis garantieren. Für VIP-Gäste ist das vorgängige Abendessen inklusive.



Christoph Walter – Unterhaltungsmusiker durch und durch

Der in Glarus geborene Christoph Walter wuchs in Hirzel ZH auf und lebt heute in Triengen LU. Der Innerschweizer studierte an der Musikhochschule Zürich Trompete, Klavier, Schlagzeug und Blasmusikdirektion. Er leitete zahlreiche Formationen. Er arrangierte und komponierte erfolgreiche Musikstücke, darunter «Flyin' to the skies», «Just in time», «Warum rufst du nicht an?», interpretiert von Marie Louise Werth, oder «Insieme a te» mit dem Text von Nella Martinetti. Weiter hat er die Festkomposition des eidgenössischen Musikfestivals 2006 «A Salute from Lucerne» sowie die Festkomposition «Aarau 2010» des eidgenössischen Schützenfests komponiert.

Karriere machte Christoph Walter auch in der Militärmusik. Sechs Jahre lang leitete er das Repräsentationsorchester Schweizer Armeespiel bzw. die Swiss Army Band, mit Auftritten u.a. in Russland, England, Finnland und Italien. Seit 2002 ist Christoph Walter Musikalischer Leiter der Swiss Army Concert Band, des musikalischen Aushängeschildes der Schweiz. Mit diesem Orchester spielte er Unterhaltungsshows in Japan bei der Weltausstellung, in Rom im Vatikan vor 7000 Leuten und jährlich verkaufte Entertainment-Galas im KKL Luzern mit Gaststars wie Sandra Studer, Pino Gasparini, Renée Rousseau und vielen anderen.

Weitere Informationen: www.christophwalter.ch

LESERBRIEFE

Minarette – Dürfen wir sie verbieten?

Dürfen wir den Moslems ihre «Minarette» verbieten? Und was sind denn die Gründe dazu? Dass es sich bei den Minaretten um ganz andere Gebäude handelt als bei unseren Kirchtürmen, dass sieht man schon auf den ersten Blick. Im Grunde genommen haben diese beiden Bauwerke bloss zum Teil die gleiche Aufgabe. Uns Christen läßt das Glockengeläut nach unserer alten Tradition feierlich zum Gottesdienst ein. Es ermahnt und ruft uns auf zum Gebet. Hingegen das lautstarke Schreien des «Muezzin» das fünfmal an jedem Tag die Muslime daran erinnert, dass Allah grösser sei als der Gott der Juden und der der Christen im Koran. Das ist ein Stein des Anstosses für jedes christliche Land mit christlicher Kultur!

Nicht bloss bei einem Vergleich der Botschaft unserer Bibel mit der Lehre des Korans – das ist das Religionsbuch der Moslems – bestehen Unterschiede, sondern weitere grundlegende Widersprüche. Der Koran lehrt zum Beispiel, dass die Muslime keine Juden oder Christen als Freunde haben dürfen. Andernfalls – und das steht auch im Koran geschrieben – würden sie zu ihren Feinden erklärt. Ebenfalls lehrt der Koran, dass Allah alle Menschen verflucht, die ihn verraten. Sonst würden sie in Affen und Schweine ver-

wandelt. In letzter Konsequenz soll jeder, der Krieg gegen Allah und seinen Propheten Mohammed führt, getötet und gekreuzigt werden.

Wie ganz anders ist doch das Christentum! Bei einem Vergleich der beiden «Religionen» müssten wir viel eher von einem Widerspruch, als von einem Vergleich reden. Der Islam kennt absolut keine Gnade!

Ein ganz besonderes Thema ist die verbindliche Rechtsordnung, die Scharia.

Der Islam verbreitet in klarem Gegensatz zu allen andern Weltreligionen nicht bloss eine Glaubenslehre. Der Islam auferlegt seinen Anhängern mit der Scharia auch eine verbindliche Rechtsordnung. Denn das Scharia-Recht steht in diametralem Gegensatz zu jenen elementaren Freiheitsrechten, die in der Schweiz demokratisch beschlossen und in der Bundesverfassung verankert worden sind. Dass jeder Mensch vor dem Gesetz gleich ist, das anerkennt die Scharia nicht. Sie gewährt nur den Gläubigen Rechte. Ungläubige dürfen – oder müssen – verfolgt werden. Zwangsheiraten werden von der Scharia gedeckt! Rechtliche Differenzen können im Extremfall bis zum Ehrenmord hingezogen werden.

Hardy Reutlinger, Schlieren

Islam als Landeskirche im Kanton Luzern

Geht es nach dem Willen der Luzerner Regierung, soll der Islam im Kanton Luzern den Status einer Landeskirche erhalten. Als praktizierender Angehöriger der reformierten Landeskirche und im Kanton Luzern aufgewachsen, habe ich mit dieser Eile sehr grosse Mühe. Bis vor 25 Jahren durften die Reformierten im Kanton Luzern sich nur gestützt auf das Vereinsrecht organisieren. Wir wurden also nicht als Landeskirche anerkannt, obschon wir gesamtschweizerisch Teil der grössten Glaubensgemeinschaft waren. Im Kanton Luzern hatten wir einen schweren Stand, wer nicht katholisch war, bekam dies bitterböse zu spüren. Als Schüler mussten wir beim Fach «Religion» das Klassenzimmer verlassen, Katholisch war sozusagen «Staatsreligion». Weil man uns hierzulande auch Protestanten nennt, so hat uns in jungen Jahren der ortsansässige Pfarrer mehrmals mit dem Ausspruch konfrontiert, wir würden gegen die «Wahrheit protestieren!» Und heute wollen dieselben Kreise einer fremdländischen Religion möglichst rasch den Status einer Landeskirche verleihen. Dass die Muslime nicht gewillt sind, sich weder an unsere Regeln zu halten, noch in ihren Herkunftsländern Gegenrecht halten zu können interessiert niemanden. Mit regelrechten Hetzkampagnen versuchen politische und kirchliche Befürworter nun all jene zu verunglimpfen, die vom Ansinnen wenig begeistert sind, oder dies gar ablehnen. So werden zum Teil Un-

wahrheiten verbreitet, ob absichtlich oder in Unkenntnis der Sache bleibt offen. So etwa die Aussage, dass Muslime auch von ihren bezahlten Kirchensteuern profitieren sollten. Fakt ist, dass im Kanton Luzern nur die Mitglieder ihrer eigenen Landeskirche Steuern abliefern. Somit ist diese Behauptung wie noch vieles andere eine Lüge. Weshalb sich die Kirchen dermassen für die anwesenden Muslime einsetzen ist mir ein Rätsel. Oder wollen sie damit ihre eigenen Schwächen überdecken, so etwa der Umstand, dass ihnen die Leute scharenweise davonlaufen. Es wäre wichtiger, hier die Ursachen zu suchen. So etwa der Umstand, dass in den Kirchenräten/Kirchenpflegen Leute sitzen, denen die nötige Identifikation zur Kirche weitgehend fehlt. Ebenso sind diese auch auf der Liste der regelmässigen Kirchenbesucher nicht zu finden. Welches die tatsächlichen Gründe für ihre Einsitznahme im Gremium sind, bleibe dahingestellt. Wer ein kirchliches Engagement nicht als ein Stück Berufung ansieht, wird aber keinen Beitrag leisten können, um diese aus dem derzeitigen Tief herausholen zu können. Während die auf Anpassung und Modernisierung ausgerichteten Landeskirchen einen drastischen Mitglieder-schwund verzeichnen, erleben die auf Tradition bedachten Freikirchen einen Zustrom sondergleichen. Vermutlich, weil die meist jüngeren Mitglieder wissen wollen, wohin die Reise geht.

Oscar Blaser, Littau

Fluglärmstreit: Lösung in Sicht

Deutschland hat im April 2003 die Nordanflüge auf Zürich eingeschränkt. Seither erfolgen 30 Prozent der Landeanflüge in geringer Höhe über dicht besiedeltem Gebiet. Angenommen, Zürich wäre ein deutscher, amerikanischer oder gar ein israelischer Flughafen. Dann wären Südanflüge, die Umwege und einen höheren Treibstoffverbrauch bedingen, undenkbar. Aber die Schweiz setzt ausländische Forderungen meistens gehorsam um und provoziert als Folge immer neue Begehrlichkeiten. Dessen ungeachtet wäre eine Lösung im Fluglärmstreit ganz einfach: Man teilt Berlin mit, dass zwecks Reduktion des Strassenlärms und der Abgase Transitfahrten deutscher LKWs durch die Schweiz ab sofort im gleichen Masse reduziert werden, wie die Anzahl Nordanflüge über deutsches Gebiet. Wenn Berlin aber protestiert und auf

die Einhaltung eventueller Transitabkommen pocht? Dann weist man darauf hin, dass Deutschland mit der Schweiz ein Doppelbesteuerungsabkommen schloss, welches Deutschland gebrochen hat. Finanzminister Steinbrück erklärte zudem, das schweizerisch-deutsche Zinsbesteuerungsabkommen interessiere ihn nicht. Eventuelle Transitabkommen seien folglich per sofort als gekündigt zu betrachten und damit basta. Bald darauf wären Südanflüge Vergangenheit. Es müsste aber unbedingt vermieden werden, dass unser Bundespräsident von diesem Plan Wind erhält. Er würde nämlich sofort nach Berlin eilen und sich demütig im Namen der Schweiz entschuldigen. Das Resultat aus Berlin käme dann postwendend: Doppelt so viele Südanflüge wie bisher!

Otto Weiersmüller Uetikon

«VOLKSWAHL HEISST VOLKSWOHL»

Stärkung der Volksrechte – Volksinitiative wird lanciert

Die SVP-Delegiertenversammlung hat am vergangenen Wochenende den Text für die Volksinitiative zur Volkswahl des Bundesrates bereinigt. Nach engagierter Diskussion entschieden sich die Delegierten mit 217 zu 97 Stimmen für den Vorschlag der parteiinternen Arbeitsgruppe, welche einen modifizierten Text für eine Wahl im Majorzsystem vorgeschlagen hatte.



MARTIN BALTISSER
GENERALSEKRETÄR
SVP SCHWEIZ

Der nun verabschiedete Vorschlag lehnt sich an das sogenannte «Berne Modell» an und garantiert damit den Minderheitenschutz. Ebenfalls in den Verfassungstext aufgenommen wurde die Definition des absoluten Mehrs, welches sich an den gültigen Stimmen orientiert. Damit reduziert sich die Wahlhürde und das System nähert sich dem Proporzgedanken an. Eine reine Proporzwahl wurde insbesondere deshalb von einer klaren Mehrheit der Delegierten verworfen, weil sie sich für die Wahl der Exekutiven in den Kantonen nicht durchgesetzt hat und in verschiedenen Bereichen komplizierter zu realisieren wäre.

Wie geht es nun weiter?

Der Initiativtext geht nun an die Bundeskanzlei zur Vorprüfung. Danach werden die Unterschriftenbogen vorbereitet. Der Beginn der Unterschriftensammlung ist auf Anfang des kommenden Jahres vorgesehen. Parallel dazu arbeitet die SVP an einem zweiten Initiativprojekt zur Familienbesteuerung. Diese Volksinitiative soll eine Diskriminierung von Familien, die ihre Kinder selber betreuen, verhindern. Es ist vorgesehen, die Initiative anlässlich einer Delegiertenversammlung am 5. Dezember 2009 zu lancieren.

Mit der seriösen und vertieften Behandlung dieses Themenkreises hat die SVP erneut gezeigt, dass sie die Anliegen und Sorgen der Bevölkerung ernst nimmt und auf politischer Ebene vertritt.

Anerkannt in allen Parteien

Emy Lalli, SP, Kantonsrätin und alt Kantonsratspräsidentin:
«Besonnen, grundständig, nichts bringt ihn aus der Ruhe, er denkt, bevor er redet, und wenn er redet, geht er nie unter die Gürtellinie.»
(Tages-Anzeiger Online, 23.9.2009)

Max Binder, SVP Stadtrat, Nationalrat (Präsident 2003/2004), Illnau:
«Gute Dossierkenntnisse, die richtigen Fragen stellen, überlegt, durchdacht und entschieden handeln – das sind die Stärken von Ernst Stocker. Ruhig und kompetent, wie man Ernst Stocker kennt! Für den Regierungsrat eine echte Verstärkung, für das Zürcher Volk ein Gewinn!»

Thomas Hartmann, SP, Gemeinderatspräsident Wädenswil:
«Er ist die Ausgeglichenheit in Person – nie überschwänglich, nie säuerlich.»
(Zürcher Landzeitung/Oberländer, 25.9.2009)

Heinz Wiher, Grüne, Stadtratskandidat von Wädenswil:
«Er geht auf die Leute zu und hört auch die politischen Gegner an.»

Katharina Kull-Benz, FDP, Kantonsrätin:
«Ich erlebe Stocker als typischen Exekutivpolitiker: Er hat den Konsens und die Lösung im Visier.»
(Zürcher Landzeitung/Oberländer, 25.9.2009)

Max Homberger, Grüne, Kantonsrat:
«Sehr angenehmer, höflicher Mensch mit Stil.»
(Zürcher Landzeitung/Oberländer, 25.9.2009)

Philipp Kutter, Kantonsrat, CVP:
«Der viel jüngere Stadtrats- und Kantonsratskollege Philipp Kutter (CVP) kann es gut mit Stocker. Zu dessen Stärken gehöre es, einen Sachverhalt mit einfachen, gezielten Fragen auf Herz und Nieren zu prüfen. Da könne er sehr hartnäckig sein.»
(NZZ Online 24.9.2009)

Hans Hofmann, SVP, alt Regierungsrat, alt Ständerat:
«Kaum ein anderer Politiker verfügt über so viel politische Erfahrung und ist so mit dem Kanton verbunden wie Ernst Stocker. Mit seiner verlässlichen und überlegten Art zu politisieren, hat er sich Anerkennung, Achtung und Ansehen in allen Parteien erworben.»

Urs Hilber, Direktor des Wädenswiler Departements der ZHAW:
«Urs Hilber lobt Stockers Fähigkeit, auch bei kontroversen Meinungen mit Beharrlichkeit zu vermitteln und für alle nützliche Ergebnisse zu erzielen. Seine Anteilnahme an der Arbeit der Hochschule werde sehr geschätzt. Hilber hält grosse Stücke auf Stocker.»
(NZZ Online 24.9.2009)

Thomas Largiadèr, SP, Gemeinderat Wädenswil:
«Er könne gut zuhören und blocke nicht ab, was seiner Meinung widerspreche, sagt der Arzt, Thomas Largiadèr, der für die SP im Stadtparlament sitzt und für ein Stadtratsmandat kandidiert. Er hält Stocker für einen bodenständigen, soliden Politiker und teilt diese Meinung mit vielen anderen.»
(NZZ Online 25.9.2009)

Martin Naef, SP, Kantonsrat:
«Sachbezogen, ausgleichend, integer.»
(Zürcher Landzeitung/Oberländer, 25.9.2009)



Ernst Stocker wird in allen Parteien geachtet, respektiert und geschätzt. Seine Kandidatur für den Zürcher Regierungsrat ist breit abgestützt. Und genau deshalb ist Ernst Stocker die richtige Wahl.



Ernst Stocker

schafft Vertrauen

Überparteiliches Komitee «Ernst Stocker in den Regierungsrat», Postfach 470, 8702 Zollikon, PC-Konto 87-606817-2, www.ernst-stocker.ch, info@ernst-stocker.ch

AKTUELLE VORSTÖSSE

Motion: Konzessionserteilung wieder durch den Gesamtbundesrat

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Änderung von Art. 45 RTVG und den damit zusammenhängenden Bestimmungen vorzubereiten, so dass Konzessionen an Radio- und Fernsehstationen wieder durch den Bundesrat, nicht nur durch ein einzelnes Departement, erteilt werden.



NATALIE RICKLI
NATIONALRÄTIN SVP
WINTERTHUR

Gemäss neuem Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) liegt die Erteilung von Konzessionen für private Radio- und Fernsehstationen in der Kompetenz des UVEK und nicht des Bundesrates als Gremium. Im laufenden Konzessionierungsverfahren hat das Departement im Alleingang in mehreren Gebieten Lösungen bevorzugt, die entweder vom Markt korrigiert wurden (in Basel und Genf) oder zu Gerichtsverfahren führten (in Zürich, Aargau, St. Gallen und Graubünden). In Zürich muss nun sogar ein wirtschaftlich erfolgreiches Radio schliessen. Solche Entscheide stehen in Widerspruch zum Willen des Gesetzgebers, welcher im RTVG neben der SRG auch die Voraussetzungen für eine leistungsfähige Branche von privaten Radio- und Fernsehstationen schaffen wollte.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Entscheid ausdrücklich bemängelt, dass das UVEK die mit 20 Prozent eingesetzte Verbreitung im Selektionsverfahren ausgerechnet in der Region Zürich nicht bewertet und dies den Parteien nicht angemessen kommuniziert habe. Ausserdem rügte das Bundesverwaltungsgericht, dass in der Verfügung des UVEK fehlerhafte Annahmen gemacht wurden und deshalb der Anspruch auf rechtliches Gehör verletzt wurde. Es ist unwahrscheinlich, dass es zu solch mangelhaften Lösungen kommt, wenn der Bundesrat einem Konzessionsentscheid zustimmen muss.

Im Interesse der Umsetzung des Willens des Gesetzgebers sind die Bestimmungen im RTVG so zu verdeutlichen, dass Konzessionsentscheide nicht mehr durch das UVEK, sondern durch den Bundesrat gefällt werden. Da jederzeit wieder Konzessionsentscheide anstehen können, darf mit dieser Revision nicht bis zu einer Gesamtrevision des RTVG zugewartet werden.

Interpellation: Schengen wohin?

Der «Schengen-Besitzstand» wird laufend «weiterentwickelt». Zahlreiche Änderungen sind bereits erfolgt, viele sind in Vorbereitung. Der ganze Schengen-Komplex hat sich in wesentlichen Bereichen verändert und geht mittlerweile viel weiter als die ursprüngliche Vorlage, die 2005 vom Volk angenommen wurde. Die schweizerische Souveränität wird dadurch mehr und mehr in Frage gestellt.



HANS FEHR
NATIONALRAT SVP
EGLISAU

Wir bitten deshalb den Bundesrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Entwicklungsschritte sind bis zur Beantwortung dieser Interpellation erfolgt und wie viele sind in Vorbereitung?
2. Wie viele und welche Anpassungen von Gesetzen und Verordnungen mussten seit dem Schengen-Beitritt vorgenommen werden?
3. Wie viele und welche Anpassungen von Gesetzen und Verordnungen,

von denen bei der Volksabstimmung noch nichts bekannt war, mussten seit dem Volksentscheid vorgenommen werden?

4. Welche Anpassungen von Gesetzen und Verordnungen erwartet der Bundesrat für die nächsten Jahre?
5. Wie viel kostet die Schengen-Mitgliedschaft unser Land pro Jahr? Wie werden sich die Kosten voraussichtlich weiterentwickeln?
6. Wie hat sich das «Dublin-Abkommen» bis heute auf die Zusammenarbeit im Asylbereich ausgewirkt? Wie hat sich die Zahl der neuen Asylgesuche zur Zahl jener Asylanten entwickelt, die an Erstasyl-Ländern überstellt werden konnten?

Einladung an: Bezirkspräsidenten, Sektionspräsidenten, Wahlkommissionspräsidenten, Kandidaten und interessierte Mitglieder

Erfolgreiche Gemeindewahlen 2010 Wahlkampftagung

Die Gemeindewahlen 2010 stehen vor der Tür. Die Vorbereitungsarbeiten laufen auf Hochtouren, die Kandidaten stehen fest. Ein idealer Zeitpunkt, um sich an der Wahlkampftagung nochmals aus erster Hand zu informieren, Erfahrungen auszutauschen und letzte offene Fragen zu klären.

Datum Samstag, 31. Oktober 2009
Türöffnung 08.30 Uhr mit Kaffee und Gipfeli
Beginn 09.00 Uhr
Ende 12.00 Uhr
Ort Restaurant Rössli Illnau, Kempptalstrasse 52, 8308 Illnau

Programm **Die Bedeutung der Gemeindewahlen für die SVP**
Nationalrat Alfred Heer, Parteipräsident

Bund, Kanton, Gemeinde: Drei Ebenen – eine SVP-Politik
Nationalrat Max Binder, Stadtrat Illnau-Effretikon

Schlussspurt für die Orts- und Bezirksparteien im Wahlkampf:

- Werbemittel erfolgreich einsetzen
- Veranstaltungen und Standaktionen
- Plakatierung, Internet

Gregor A. Rutz, Präsident der Wahlkommission

Praktische Erfahrungsberichte:
Der Wahlkampf in einer ländlichen Gemeinde
Kantonsrat Hanspeter Haug, Gemeindepräsident Weinigen

Der Wahlkampf in einer Stadt
Kantonsrat Ernst Stocker, Stadtpräsident Wädenswil

Im Anschluss Diskussionsrunde / Fragen



Anmeldetalon für die Teilnahme an der Programmtagung vom 31. Oktober 2009

- Ich melde mich für die Programmtagung an.
- Wir melden uns für die Programmtagung an: _____ Anzahl Personen.

Name: _____ **Vorname:** _____
Strasse: _____ **PLZ, Ort:** _____
Telefon: _____ **E-Mail:** _____

Bitte retournieren an das SVP-Sekretariat, Nüscherstrasse 35, 8001 Zürich
per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

Fadegrad

Je Spital desto krank?



VON ROLF A. SIEGENTHALER

Thomas Zeltner verlässt nach 18 Jahren das Bundesamt für Gesundheit. Zu seinem bevorstehenden Abschied als Chef des BAG hat er sich mit deutlichen Worten an die Öffentlichkeit gewandt. Die Gesundheitskosten liessen sich nur bändigen, wenn in der Schweiz mindestens 100 Spitäler geschlossen würden. Tatsächlich lässt der Prämienanstieg die Besorgnis stetig wachsen. Wir haben in der Schweiz eine sehr hohe Dichte an Spitälern. Das gilt auch für Kanton und Stadt Zürich. Christoph Blocher prägte das Bonmot, er habe geglaubt, wo viele Ärzte sind, würden die Leute gesünder. Anscheinend sei das aber umgekehrt. Sind viele Spitäler nicht immer gut für die Gesundheit? Bezogen auf die Chirurgie kann nicht jedes Spital alle Operationen gleich gut ausführen. Vieles liegt an der Zahl der jährlich ausgeführten Operationen und der Qualität der operierenden Ärzte. Pavarotti war ein Meistersänger. Von Shakespeare wird noch immer geschwärmt. Es gibt sie, die Stars. Es gibt sie auch in der Medizin. Sie können mehr und setzen die Standards. Sie erfinden neue Techniken und können sie anwenden. Hat sich eine neue Technik etabliert, kann sie von anderen Chirurgen übernommen werden. Routine und Sicherheit wachsen proportional zur Zahl der ausgeführten Operationen. Es gibt Studien, die nachweisen, dass das Risiko an den Folgen einer Operation zu sterben, um 40% höher liegt, wenn ein Chirurg weniger als 15 Interventionen dieses Typs pro Jahr durchführt. Die gleiche Studie besagt, dass es ein Einzugsgebiet von 2,5 Millionen Menschen braucht, um die chirurgische Abteilung eines Spitals mit so vielen Patienten zu versorgen, dass die Ärzte auf eine genügend hohe Zahl von Operationen kommen. Auf die Schweiz übertragen, blieben noch drei grosse Spitäler. Eines würde für die Ostschweiz mit Zürich genügen. Selbstverständlich gilt, dass dieses eine Spital die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung nicht leisten könnte. Es braucht die Hausärzte und medizinische Ambulatorien, um die Grundversorgung sicherzustellen. Es braucht aber nicht vor jeder Haustür ein modernst ausgerüstetes Spital, das alle Operationen ausführt. Gegenwärtig besteht die Gefahr, dass wir unser gutes Gesundheitswesen ruinieren, weil wir zu viele Leistungsträger einheitlich entschädigen wollen. Fallpauschalen und Einschränkungen bei der ärztlichen Arbeitszeit behindern gerade die forschenden Ärzte und diejenigen, die ausschliesslich besonders komplizierte Patienten mit hohen Kosten behandeln. Die Fallpauschalen bevorzugt einseitig die industrielle Medizin, die sich auf die lukrativen Eingriffe mit hohem Routineanteil beschränkt und diese qualitativ gut durchführt. Aber nur die hochspezialisierte Spitzenmedizin bringt Fortschritt und Gesundheit bei komplexen Krankheiten. Ohne Konzentration ist das wohl kaum bezahlbar.

BUDGET 2010

Finanzpolitik eines verantwortungslosen Stadtrates

Wie im Vorjahr wird für die laufende Rechnung 2010 ein Defizit von mehr als 200 Mio. Franken budgetiert. Die ruinöse Finanzpolitik des Stadtrates geht weiter. Statt ein Sparpaket zu schnüren, hält er an der verantwortungslosen Ausgabenpolitik fest.



MONIKA ERFIGEN GEMEINDERÄTIN SVP ZÜRICH 7/8

Wie im Vorjahr wird für die laufende Rechnung 2010 ein ähnlich hohes Defizit von rund 204 Mio. Franken budgetiert. In diesem Defizit ist als Ausserordentlicher Ertrag und damit als Einmaleffekt die Auflösung einer nicht mehr benötigten Reserve bei den Eigenversicherungen von über 50 Mio. Franken bereits eingerechnet. Das geplante operative Defizit ist also um diesen Betrag zu erhöhen und würde 254,1 Mio. Franken betragen. Und die Behauptung, dass der Aufwandüberschuss aus konjunkturellen Überlegungen heraus verantwortbar sei, ist total verwerflich und kann nicht akzeptiert werden.

Statt die Steuern zu senken und damit einer Wirtschaftsbelebung Raum zu geben, will der Stadtrat den Steuerfuss bei unveränderten 119 Prozent belassen. Nichtsdestotrotz muss gegenüber dem Vorjahresbudget noch einmal mit einem geringeren Steuerertrag der juristischen Personen von 207 Mio. Franken gerechnet werden.

Stellenstopp, wo?

Eigentlicher Stellenstopp und Stellenplafonierung bedeutet für den Stadtrat auch nächstes Jahr wieder ein Stellenwachstum von 104 zusätzlichen Stellen. Gegenüber der Rechnung 2008 bedeutet das ein Plus beim Personalaufwand von 125,6 Mio. Franken, wobei die «bisherige Teuerungsentwicklung für kantonales (Lehrkräfte) und städtisches Personal» von 36,1 Mio. Franken nicht budgetiert wurden.

Der Selbstfinanzierungsgrad, das heisst, das Verhältnis zwischen Selbst-

finanzierung und Nettoinvestitionen liegt mit 26,6 Prozent um 49,1 Prozent unter dem Vorjahr, womit der finanzpolitische Sollwert, der eine Eigenfinanzierung der Nettoinvestitionen von 60 bis 70 Prozent fordert, erneut und sehr deutlich verfehlt wird. Die mit der Selbstfinanzierung nicht abgedeckten Ausgaben werden Fremdmittel von rund 800 Mio. Franken (Vorjahr 493,1 Mio.) erfordern, was bedeutet, dass die erwartete Nettoschuld erstmals die 2-Milliarden-Franken-Grenze überschreiten wird. Die daraus resultierende Nettozinslast in der Höhe von 77,3 Mio. Franken wird den Haushalt mit 5,4 Steuerprozenten belasten – der Stadtrat hat die Arroganz, dies als «vertretbar» zu bezeichnen

Sparpaket, wo?

Und vom für Ende 2010 vom Stadtrat in Aussicht gestellten Eigenkapital von rund 400 Mio. Franken kann natürlich nicht die Rede sein. Die vom Stadtrat mit Konsequenz verleugnete Schuld gegenüber der Pensionskasse der Stadt Zürich wird Ende 2010 nämlich exakt 505 476 428 Franken betragen, womit bereits Ende des nächsten Jahres wieder ein Bilanzfehlbetrag in der Grössenordnung von 100 Mio. Franken resultieren wird.

Der Verzicht auf ein Sparpaket ist fahrlässig und kann nicht akzeptiert werden. Von Kaufkraftschonung keine Spur. Das sture Festhalten an der verantwortungslosen Ausgaben- und Investitionspolitik ist falsch und verwerflich. Die vage angedeutete Aufgaben- und Programmüberprüfung ist unverzüglich an die Hand zu nehmen. Die Budgetpositionen sind entsprechend zu reduzieren. Es ist fatal, damit bis 2012 zu warten zu wollen.

Ich möchte als Sympathisant der IG Freiheit beitreten und unterstütze die IG Freiheit mit einem jährlichen Betrag von mindestens 20 Franken (PC-Konto 85-518003-6)



Name _____
 Vorname _____
 Strasse _____
 PLZ, Ort _____
 E-Mail _____

Bitte einsenden an: Geschäftsstelle IG Freiheit, Postfach 470, 8702 Zollikon
 Fax 044 391 32 30, E-Mail: info@freiheit-liberte.ch

Kuratorium Blau/Weiss

Das Kuratorium Blau/Weiss ist die Gönnervereinigung der SVP des Kantons Zürich. Damit wir nun in den nächsten Jahren die Wahlziele auch erfolgreich umsetzen können, steht harte Arbeit bevor. Diese Arbeit erfordert nicht nur viel freiwillige Leistung an der Basis und in der Parteiführung, sondern bedarf auch einer gesunden Finanzierung. Damit sowohl Mitglieder als auch Sympathisanten der SVP des Kantons Zürich die Parteiarbeit unterstützen können, wurde das Kuratorium Blau/Weiss gegründet. Mit einem Mindestbeitrag von Fr. 500.– pro Jahr ist eine Mitgliedschaft möglich. Das Kuratorium Blau/Weiss führt in der Regel jährlich eine gesellschaftliche Veranstaltung als Dank an die Sympathisanten durch.

Ich interessiere mich für einen Beitritt und wünsche Unterlagen:

Name, Vorname: _____
 Strasse: _____
 PLZ / Ort: _____
 Unterschrift: _____

Kuratorium Blau/Weiss, Postfach 6339, 8023 Zürich
 Telefon 044 217 77 66, Fax 044 217 77 65

Einladung zur Delegiertenversammlung der SVP der Stadt Zürich
Donnerstag, 15. Oktober 2009, 20.00 Uhr

Restaurant Muggenbühl/Pavillon
 Muggenbühlstrasse 15, 8038 Zürich, Telefon 044 482 11 45
 (PP vorhanden / S 4 bis Brunau, dann Treppe hoch / Bus 33 bis Thujastrasse)

Traktanden

1. Begrüssung / Mitteilungen
2. Wahl der Stimmentzähler
3. Parolenfassung zu den städtischen Abstimmungsvorlagen vom 29. November 2009:
 - **Stadtpark Hardau, Objektkredit von 13,23 Mio. Franken**
Referent: Gemeinderat Bruno Amacker
 - **Neues Organisationsmodell für die Sozialhilfe in der Stadt Zürich, Änderung der Gemeindeordnung**
Referent: Gemeinderat Mauro Tuena
 - **Elektrizitätswerk, Erhöhung des Objektkredites von 19,89 Mio. Franken um 18,81 Mio. Franken auf 38,7 Mio. Franken für eine zweite Bohrung zur Erforschung der Geothermienutzung und zur Erschliessung des Wärmepotenzials im Triemli-Quartier sowie für den Bau einer Energiezentrale**
Referent: Gemeinderat Kurt Hüsey
 - **Volksinitiative «40 Meter sind genug»**
Referent: Gemeinderat Bruno Garzotto
4. Verschiedenes

Im Anschluss an die offiziellen Traktanden spricht Regierungsratskandidat und Kantonsrat Ernst Stocker zu den Versammlungsbesuchern.

Mit freundlichen Grüssen
 SVP der Stadt Zürich

Gemeinderat Roger Liebi,
 Stadtparteipräsident



LESERBRIEFE

Abstruse Forderung der Jungsozialisten

Wie aus der Presse zu erfahren war, erhebt der SP-Vizepräsident Cedric Wermuth, abstruse Forderungen, um seiner atheistischen Gesinnung Genüge zu tun. Wenn man seinen Forderungskatalog genau betrachtet, fällt auf, dass sämtliche Punkte zum Nachteil unserer christlichen Gesinnung stehen. Man mag zu unseren Kirchen stehen wie man will, so lässt sich dennoch un schwer erkennen, dass den

Muslimen in unserer Gesellschaft mit diesem Forderungskatalog ein immer grösserer Platz eingeräumt wird. Das den Muslimen ein Platz in unserer Gesellschaft zusteht, ist unzweifelhaft. Dass wir aber deswegen unsere christlichen Gepflogenheiten über Bord werfen müssen, geht eindeutig zu weit. Die SP hat sich von diesen Forderungen explizit zu distanzieren.

Helmut Kiesalter, Zürich

«Revolutionäres» Unterrichtssystem entlässt junge Menschen mit Bildungsdefiziten ins Berufsleben

Was passiert, wenn der bewährte, aber von den Reformern schlechtgemachte, «Frontalunterricht» zugunsten eines Do-it-yourself-Prinzips fast gänzlich abgeschafft wird? Schulabgänger der Sek A in Uetikon sind an die Öffentlichkeit gelangt («Ex-Schüler geisseln Uetiker Schule», «Zürichsee-Zeitung», 30.9.2009), weil sie dank dem im Jahre 2007 eingeführten, «revolutionären» Unterrichtssystem mit Bildungsdefiziten ins Berufsleben starten müssen. Welchen Schaden die von der Pädagogischen Hochschule mit dem Prädikat «einer der fortschrittlichsten der Region» versehene Schule anrichten kann, mussten die Sek-A-Schüler, die das «selbstgesteuerte Lernen» anfänglich noch lässig fanden, nun am eigenen Leibe erfahren. Selbst der Fremdsprachenunterricht soll anfänglich im Do-it-yourself-Prinzip stattgefunden haben, obwohl jedermann weiss, dass man eine Sprache nicht lernen kann, wenn man sie nicht spricht. Spätestens hier stellt sich die Frage, welche revolutionären Ziele verfolgt werden, wenn man Schüler offenbar wider besseres Wissen von der Bildung fernhält?

Anfängliche Kritik von Eltern und erfahrenen Lehrern an dem radikalen Experiment, sollen Schulpflege und

Schulleitung immer wieder mit dem Hinweis auf den angeblich veralteten «Frontalunterricht» begegnet sein. Während der Exodus Richtung Privatschule schon in vollem Gange war, soll das umstrittene Experiment mit dem «schülerzentrierten Unterricht» ausländischen Besuchern als grosser Erfolg vorgeführt worden sein.

Der abwertende Begriff «Frontalunterricht» wird seit den 60er-Jahren in der Lehrerbildung anstelle des Begriffs Klassenunterricht verwendet, um revolutionäre Reformmethoden durchdrücken zu können. Verschwiegen wird dabei, dass der bewährte Klassenunterricht in der umfangreichsten je unternommenen Langzeitstudie mit 79 000 Schülern in den USA, die mit Abstand besten Ergebnisse erzielte und noch heute 90 Prozent des Unterrichts als Klassenunterricht stattfindet. Nur eine Neubelebung der direktdemokratischen Kontrolle der Schule, die mit der Abschaffung der Lehrerbildung und der Bezirksschulpflege vernachlässigt wurde, kann verhindern, dass sogenannte revolutionäre Unterrichtssysteme immer mehr junge Menschen mit Bildungsdefiziten ins Berufsleben entlassen.

Peter Aebersold, Zürich

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRA TSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 19. Oktober 2009, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeweils am ersten Montag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.
ACHTUNG: Ab August bis November 2009 neu im Restaurant Jägerstübli, Dielsdorf. Ab Dezember 2009 wieder im Restaurant Löwen.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Horgen / Rüschlikon
Der Barometer findet jeweils am ersten Donnerstag im Monat von 17.30 bis 19.00 Uhr, Restaurant «Tracht», statt.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Altstadt, Matenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Elgg
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Eintracht, Elgg.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Andelfingen
Samstag, 31. Oktober 2009, Besuch im Felslabor Mont Terri St-Ursanne. Programm:

7.30 Uhr: Abfahrt ab Parkplatz beim Restaurant zur Kreuzstrasse, Humlikon.

10.00 Uhr: Ankunft in St-Ursanne am Bahnhof. Abholung und Transfer zum Sitzungszimmer (zirka 3 Gehminuten). Kaffee und Gipfeli (offeriert von Nagra).

10.30 Uhr: Begrüssung. Vorträge: Stand der Entsorgung von radioaktiven Abfällen in der Schweiz: Vom «Wie» zum «Wo» (Entsorgungsnachweis, Sachplan Geologische Tiefenlagerung). Mont Terri: Organisation und Projekte. Diskussion.

11.15 Uhr: Transfer zum Labor.

12.00 Uhr: Besuch im Felslabor in 2 bis 3 Gruppen. Bitte auf warme Kleidung (ganzjährig zirka 13° C) und auf gutes Schuhwerk achten.

13.00 Uhr: Transfer aus dem Stollen zum Car oder direkt ins Dorf.

13.15 Uhr: Fahrt zum Restaurant in St-Ursanne.

13.30 Uhr: Kleines Mittagessen.

14.30 Uhr: Ende des Mont-Terri-Besuchs. Anschliessend Heimfahrt.

ca. 17.00 Uhr: Ankunft Restaurant zur Kreuzstrasse, Humlikon. Fahrpreis pro Person Fr. 40.–. Anmeldung bis Samstag, 17. Oktober 2009, an Gemeindepäsident Walter Wipf, Seewadelstrasse 13, Henggart, schriftlich oder per E-Mail: w.wipf@bluewin.ch, Telefon 052 316 23 72 / 079 420 79 04. Es muss eine Besucherliste erstellt werden.

Bezirk Horgen / Wädenswil
Freitag, 23. Oktober 2009, ab 19.00 Uhr und Samstag, 24. Oktober 2009, ab 18.00 Uhr, bei Familie Ernst Stocker, Im Himmeri, Wädenswil, Metzgete auf dem Bauernhof. Live: Raphael Fuchs & Co. Reservationen möglich unter Telefon 044 780 68 37 oder per E-Mail: ernst.stocker@pop.agri.ch. Signalisation ab Autobahnausfahrt Wädenswil, Kreuzung Feld und Beichlen.

Bezirk Pfäffikon / Russikon
Freitag, 23. Oktober 2009, 19.30 Uhr, Schützenhaus, Russikon (ab 19.00 Uhr Apéro), SVP-Party 2009. Um 19.30 Uhr traditioneller Beinschinken mit Kartoffelsalat. Im Anschluss referiert Ehrengast Markus Kägi, Regierungsrat, zum Thema «Freuden und Leiden eines Baudirektors». Danach Lotto-Match mit attraktiven Preisen! Parteimitglieder, Gäste und Freunde der SVP sind herzlich eingeladen.

Bezirk Uster / Uster
Donnerstag, 22. Oktober 2009 bis Sonntag, 25. Oktober 2009, Uster, Uster-Messe, mit Stand der SVP Uster (in der Zelt-halle). Die beiden für den Stadtrat kandidierenden Hans Streit (bisher) und Werner Egli (Gemeinderat, neu) sowie die Gemeinderatskandidatinnen und -kandidaten freuen sich auf ein persönliches Gespräch mit Ihnen. Besuchen Sie unseren Apéro, täglich von 18.00 bis 20.00 Uhr. Es werden noch weitere SVP-Politiker anwesend sein.

Stadt Zürich / Kreis 10
Samstag, 10. Oktober 2009, 10.00 Uhr, Migros Höngg, Standaktion.

Samstag, 17. Oktober 2009, 10.00 Uhr, Röschiachstrasse, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 11
Samstag, 17. Oktober 2009, 14.00 Uhr, Waldsäuberung im Hürstwald, Zürich-Affoltern. Treffpunkt an der Seebacher-

strasse / SBB-Unterführung, Parkplatz Nordseite. Am Schluss der Veranstaltung wird eine Grillwurst und ein Getränk offeriert. Dazwischen gibt Förster Hans Nikles Auskunft betreffend Fragen zum Waldzustand, bzw. Waldbewirtschaftung («wald- und wettertaugliche») Kleider anziehen). Anmeldung an den zuständigen Revierförster Hans Nikles, Glattstrasse 51, 8052 Zürich. Telefon 044 302 76 75, Fax 044 302 67 25 oder E-Mail: hans.nikles@hispeed.ch. Bitte Name und Adresse angeben.

Samstag, 21. November 2009, 13.00 Uhr (Türöffnung 12.30 Uhr), Hotel Kronenhof, Wehtalerstrasse 551 (grosser Saal), Zürich-Affoltern, Preisjassen. Anmeldungen bis spätestens Samstag, 31. Oktober 2009, an Hans Nikles, Glattstrasse 51, 8052 Zürich, Telefon 044 302 76 75, Fax 044 302 67 25 oder E-Mail: hans.nikles@hispeed.ch. Bitte Name, Vorname, Adresse, PLZ/Ort und Telefon angeben.

Winterthur Stadt – Veranstaltungen mit Stadtratskandidat Daniel Oswald
Samstag, 10. Oktober 2009, 10.00–12.00 Uhr, Besichtigung Landwirtschaftliche Schule Strickhof. Treffpunkt: Riedhofstrasse 62, Winterthur.

Samstag, 17. Oktober 2009, 10.00–12.00 Uhr, Besichtigung Seilereie Kislin. Treffpunkt: Breitestrasse 18, Winterthur.

Samstag, 7. November 2009, 10.00–12.00 Uhr, Besichtigung Wespi Mühle. Treffpunkt: Wieshofstrasse 105, Winterthur.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Montag, 2. November 2009, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 26. Januar 2010, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Bezirk Winterthur
Samstag, 21. November 2009, traditionelles Racletteessen. Weitere Angaben folgen.

SVP-Frauen Kanton Zürich
Donnerstag, 26. November 2009, Weihnachtsanlass. Weitere Angaben folgen.

Montag, 14. Dezember 2009, 14.30 Uhr, Besammlung im Foyer Rathaus Zürich. Besuch des Zürcher Kantonsrates unter

der Leitung von Kantonsrätin Theres Weber. Filmvorführung und Führung durch das Rathaus mit anschliessendem Apéro. Sicherheitskontrolle beim Eingang: ID oder Pass mitbringen. Anmeldung: Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch, Telefon 044 820 20 90. SVP-Mitglieder und Parteifreunde sind herzlich willkommen.

Mittwoch, 13. Januar 2010, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Raum Winterthur, SVP-Veranstaltung mit Nationalrätin Natalie Rickli und Gregor A. Rutz, Vize-Präsident der SVP des Kantons Zürich zum Thema «Erfolgreicher Wahlkampf». Vorstellung von Stadtratskandidat Daniel Oswald, Parteipräsident SVP Winterthur und Gemeinderatskandidatin Chantal Leupi, Vorstand JSVP «Stadt und Bezirk Winterthur». SVP-Mitglieder und Parteifreunde sind herzlich willkommen! Nähere Angaben folgen.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Sonntag, 11. Oktober 2009, 18.25 Uhr, SonnTalk auf TeleZüri (Wiederholung jeweils nach einer Stunde), u.a. mit Nationalrat Hans Fehr.

Donnerstag, 29. Oktober 2009, 19.30 Uhr, Aula des Oberstufenzentrums, Uznach, Podium zur Minarett-Initiative mit Nationalrat Hans Fehr (pro) und Ständerat Hans Altherr (contra) im Rahmen der Mitgliederversammlung der FDP Kanton St. Gallen.

Freitag, 13. November 2009, ab 18.30 Uhr, Universität Zürich, Podium mit den Nationalräten Hans Fehr (SVP) und Geri Müller (Grüne) zum Thema «Guantanamo» (im Zusammenhang mit dem Thema US-Menschenrechtspolitik, Sicherheit, Recht), im Anschluss an ein Referat von Ständerat Dick Marty. Veranstaltung des Forums «Humanitäre Schweiz».

Samstag, 21. November 2009, 19.00 Uhr, Niederhasli (genauer Ort folgt), Gastreferat «Politik aktuell» von Nationalrat Hans Fehr, anlässlich des Martinimahls der SVP Niederhasli.

Mittwoch, 16. Dezember 2009, 20.00 Uhr (Apéro ab 19.30 Uhr), Schinzenhof, Horgen, Sessionsveranstaltung «Politik aus erster Hand» mit Nationalrat Hans Fehr. Alle Interessierten sind freundlich eingeladen. Organisation: SVP Bezirk Horgen.

SVP Schweiz – Zukunftseminare Junge vor!
Samstag, 7. November 2009, 11.00–16.00 Uhr, Landgasthof Sonne «Haus der

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadiet (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.)
Hans Fehr (fe.)

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Inserationspreis 89 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Freiheit», Wintersberg, Ebnat-Kappel (www.hausderfreiheit.ch), Zukunftsseminare mit Parteipräsident und Nationalrat Toni Brunner sowie Fachreferenten. Zielgruppe: 16- bis 26-jährige Jugendliche. Thema: «Welche Landwirtschaft für die Schweiz?». Teilnehmerzahl pro Anlass beschränkt. Das Seminar ist gratis, Mittagessen und Getränke gehen zu Lasten der Teilnehmer. Anmeldung bei Marcia Cerantola, Telefon 031 300 58 56 oder E-Mail: cerantola@svp.ch.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Chlaushöck 2009
Donnerstag, 3. Dezember 2009, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich (PP vorhanden / S4 bis Brunau, dann Treppe hoch / Bus 33 bis Thujastrasse), Chlaushöck, nachmittags. Weitere Angaben folgen.

Für Ihr Inserat im



Tel. 044 445 33 05
Fax 044 445 33 03
inserate@zuercher-bote.ch

Arbeitsplätze vernichten?
Am 29. November 2009
Exportverbote NEIN
GSoA-Initiative
Komitee gegen Exportverbote
www.exportverbotnein.ch

Einladung zur öffentlichen Veranstaltung
Begleiten Sie unseren Stadtratskandidaten **Daniel Oswald** und den SVP-Regierungsratskandidaten **Ernst Stocker** bei einem Rundgang durch die
Landwirtschaftliche Schule Strickhof mit Apéro!
Samstag, 10. Oktober, 10 – 12 Uhr
Treffpunkt: Riedhofstrasse 62, 8408 Winterthur
Nächste Veranstaltung «Winterthur für Winterthurer»:
Samstag, 17. Oktober, 10 – 12 Uhr
Besichtigung Seilereie Kisling, Winterthur
In den Stadtrat Winterthur
Daniel Oswald
www.daniel-oswald.ch
SVP